

Frauen in der britischen Politik

Eine Studie
über Identität
und politische Partizipation

Kathrin Ruhl



Frauen in Geschichte und Gesellschaft

Herausgegeben von Annette Kuhn und Valentine Rothe

Band 42

Frauen in der britischen Politik

Eine Studie über Identität
und politische Partizipation

Kathrin Ruhl



Centaurus Verlag & Media UG 2006

Kathrin Ruhl, geb. 1974, absolvierte ein Studium zum Lehramt an Haupt- und Realschulen sowie ein Studium der Politikwissenschaft an der Universität Gießen und an der University of Loughborough (Großbritannien). 2001 erlangte sie den Master in Politik an der University of York (Großbritannien) im Rahmen eines DAAD-Stipendiums. 2005 promovierte sie an der Universität Gießen. Sie ist derzeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Gießener Graduiertenzentrum Kulturwissenschaften.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ruhl, Kathrin:

Frauen in der britischen Politik : Eine Studie über Identität und politische Partizipation / Kathrin Ruhl. -

Herbolzheim : Centaurus-Verl., 2006

(Frauen in Geschichte und Gesellschaft ; Bd. 42)

Zugl.: Gießen, Univ., Diss., 2005

ISBN 978-3-8255-0625-4

ISBN 978-3-86226-398-1 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-86226-398-1

ISSN 0933-0313

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© CENTAURUS Verlags-GmbH & Co. KG, Herbolzheim 2006

Umschlaggestaltung: Antje Walter, Hinterzarten

Umschlagabbildung: Barbara Castle (Photo von 1957). © SV-Bilderdienst: 90100/KPA/HIP

Gruppenbild der weiblichen Abgeordneten des britischen Unterhauses: Dorothy Jewson, Susan Lawrence, Viscountess Astor, Margaret Wintringham, Duchess of Atholl, Mabel Philipson, Lady Terrington und Margaret Bondfield (v. links n. rechts; Photo von 1924). © akg-images/IMS

Satz: Vorlage der Autorin

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde 2005 als Dissertation im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen angenommen. An dieser Stelle möchte ich allen herzlich danken, die mich bei der Arbeit an meiner Dissertation in vielfältiger Weise unterstützt und mir sowohl praktisch als auch moralisch beigestanden haben. An erster Stelle gilt mein Dank meinem Betreuer Prof. Dr. Dieter Eißel, der meine Doktorarbeit stets mit großem Engagement betreut hat. Danken möchte ich auch meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Peter Schmidt und seiner Mitarbeiterin Dr. Andrea Herrmann, die mich bei der Vor- und Nachbereitung der qualitativen Untersuchung intensiv beraten haben.

Die qualitative Untersuchung wurde durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit einem Kurzstipendium für DoktorandInnen ermöglicht; dafür bin ich sehr dankbar. Auch möchte ich mich bei all denen bedanken, die bereit waren, an meiner Studie teilzunehmen: Dies waren 13 weibliche *Labour*-Abgeordnete des britischen Unterhauses, sechs *Labour*-Politikerinnen ohne Mandat sowie für die *Pretests* drei weibliche SPD-Abgeordnete des Hessischen Landtags und eine weibliche SPD-Abgeordnete des Gießener Kreistages.

Besonderen Dank schulde ich allen, die mich bei der Arbeit des Korrekturlesens sowie mit wertvollen Ratschlägen unterstützt haben: Dr. Marion Gymnich und Dr. Andreas Langenohl sowie Sabine Fritz, Johannes Loheide, Christina Schuchardt, Prof. Dr. Roy Sommer, Angela M. Sumner und Jutta Träger. Alexandre Segão Costa danke ich für die Hilfe bei der Erstellung der Druckvorlage.

Für die gute und intensive Zusammenarbeit möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Doktorandenkolloquiums von Prof. Dr. Dieter Eißel bedanken sowie bei den Mitgliedern der Sektionen „Empirische Sozialforschung“ und „Kultur und Gesellschaft“ des Gießener Graduiertenzentrums Kulturwissenschaften (GGK). Dem GGK gilt auch mein Dank für die Unterstützung durch eine Vielzahl von Workshops und Fortbildungsmöglichkeiten. Ich danke Frau Schulz vom Centaurus Verlag für ihre ebenso umsichtige wie freundliche verlegerische Betreuung.

Mein besonderer Dank gilt meinem Lebensgefährten Dr. Daniel Heinrichs, meiner Familie und meinen Freundinnen, die mich allesamt unterstützt und ermutigt haben und denen ich viele Stunden meiner Aufmerksamkeit entzogen habe.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	VII
Verzeichnis der Abkürzungen	IX
Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen	X
1. Einleitung: Themenstellung und theoretischer Hintergrund	1
1.1 Themenstellung, Zielsetzung und Aufbau der Arbeit	1
1.2 Skizze des Forschungsstands	5
2. Politische Partizipation von Frauen in Großbritannien	9
2.1 Das Konzept der politischen Partizipation	9
2.1.1 Politische Partizipation – eine Begriffsbestimmung	9
2.1.2 Politische Partizipation von Frauen in den neuen sozialen Bewegungen	14
2.2 Frauen in der britischen Politik von 1918 bis heute	19
2.2.1 Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen im <i>House of Commons</i>	19
2.2.2 Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Regierung und Kabinett	29
2.3 Frauen in der <i>Labour Party</i>	36
2.3.1 Der Status von Frauen innerhalb der Partei	36
2.3.2 Maßnahmen der <i>Labour Party</i> zur Förderung von Frauen (in der Politik)	45
3. Determinanten der politischen Partizipation von Frauen in Großbritannien	57
3.1 Sozialstrukturelle Faktoren	58
3.2 Institutionelle Faktoren	68
3.3 Faktor politische Kultur	81
3.4 Identität als Determinante der politischen Partizipation	97
4. Identität und politische Partizipation von Frauen: eine theoretische Annäherung	103
4.1 Gesellschaftliche Prozesse und die Genese von Identität: Erik H. Erikson	105
4.2 Soziale Identität und politische Partizipation: Henri Tajfel und John C. Turner	112
4.3 Ansätze in der Identitätstheorie mit Fokus auf <i>gender</i> : Judith Butler und Seyla Benhabib	118

4.4 Politische Partizipation und der postkoloniale Diskurs: Avtar Brah _____	131
4.5 Identität – eine relevante Kategorie bei der Analyse politischer Partizipation _____	139
5. Identität und politische Partizipation – eine empirische Annäherung _____	145
5.1 Zum methodischen Vorgehen _____	146
5.1.1 Methodischer Ansatz _____	146
5.1.2 Die Auswahl der Befragten _____	147
5.1.3 Die Datenerhebung _____	151
5.1.4 Die Auswertung und Interpretation der Daten _____	154
5.2 Identität und politische Partizipation aus der Perspektive britischer Politikerinnen _____	163
5.2.1 Querschnittsanalyse _____	166
5.2.2 Charakterisierung der gebildeten Typen _____	176
5.2.2.1 Typ I: Frau D als Vertreterin einer dezidiert gynozentrierten Einstellung mit antizipierter geschlechtsbezogener Fremdwahrnehmung _____	177
5.2.2.2 Typ II: Frau E als Vertreterin einer moderat gynozentrierten Einstellung mit antizipierter geschlechtsbezogener Fremdwahrnehmung _____	183
5.2.2.3 Typ III: Frau G als Vertreterin einer moderat gynozentrierten Einstellung mit antizipierter berufsrollenbezogener Fremdwahrnehmung _____	190
5.2.2.4 Typ IV: Frau L als Vertreterin einer moderat gynokritischen Einstellung mit antizipierter geschlechtsbezogener Fremdwahrnehmung _____	196
5.2.3 Identität und politische Partizipation: eine abschließende Betrachtung der empirischen Untersuchung _____	202
6. Frauen in der britischen Politik: eine abschließende Betrachtung des Verhältnisses von Identität und politischer Partizipation _____	211
Bibliografie _____	221
Aufsätze und Bücher _____	221
Internetseiten _____	241
Anhang _____	245

Verzeichnis der Abkürzungen

EOC	<i>Equal Opportunities Commission</i>
EU	Europäische Union
KON	Konservative
Lab	<i>Labour Party</i>
L	<i>Liberal Democrats</i>
MP	<i>Member of Parliament</i>
NEC	<i>National Executive Committee</i>
PLP	<i>Parliamentary Labour Party</i>
PM	<i>Prime Minister</i> bzw. PremierministerIn
PC	<i>Plaid Cymru</i>
ONS	<i>Office of National Statistics</i>
SDP	<i>Social Democratic Party</i>
SNP	<i>Scottish Nationalist Party</i>
WEU	<i>Women & Equality Unit</i>
WLL	<i>Women's Labour League</i>

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen

Table 1: Kandidatinnen bei Unterhauswahlen 1918-2005	23
Table 2: Gewählte Parlamentarierinnen bei Unterhauswahlen 1918-2005	25
Table 3: Frauen im Kabinett 1918-2005	32
Table 4: Labour-KandidatInnen geordnet nach Sitztyp, Unterhauswahl 1997	48
Table 5: Beschäftigungsraten von Männern und Frauen in den ,alten' EU-Staaten in 2003	63
Table 6: Wahlsystem und Repräsentation von Frauen	69
Table 7: Kreuztabelle Analyse ,Identität und politische Partizipation'	160
Table 8: Kategorien zur Erweiterung der Analyse	161
Table 9: Kreuztabelle zur Typenbildung	164
Table 10: Erweiterte Kreuztabelle zur Typenbildung	206
Table 11: Kreuztabelle zur Überprüfung der Typenbildung	207

Abbildungen

Abbildung 1: Wahlbeteiligung von Männern und Frauen bei Unterhauswahlen 1964-2001	15
Abbildung 2: Frauen in den nationalen Parlamenten der ,alten' EU-Staaten	22
Abbildung 3: Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Unterhaus 1918-2005	27
Abbildung 4: Anzahl der Kandidatinnen und Parlamentarierinnen 1918-2001	28
Abbildung 5: Determinanten der politischen Partizipation von Frauen	58
Abbildung 6: Beschäftigungsraten von Männern und Frauen 1984-2004	62
Abbildung 7: Rekrutierungssystem	81
Abbildung 8: Stufenmodell empirisch begründeter Typenbildung	155
Abbildung 9: Erweitertes Erklärungsmodell der politischen Partizipation von Frauen	215

1. Einleitung: Themenstellung und theoretischer Hintergrund

1.1 Themenstellung, Zielsetzung und Aufbau der Arbeit

Die Diskussion um das Thema ‚politische Partizipation von Frauen in Großbritannien‘ hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts erheblich gewandelt. Als sich die Suffragetten der ersten Frauenbewegung am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die Einführung des Frauenwahlrechts engagierten, gingen sie davon aus, dass Frauen mit ihrer Wahlstimme die Politik maßgeblich beeinflussen könnten, dass durch das Frauenwahlrecht eine steigende Zahl Politikerinnen in das Parlament gewählt würde und diese den Politikstil verändern könnten. Sie erhofften sich von einem ‚feminisierten‘ Parlament zudem Änderungen in den Lebensbedingungen der weiblichen Bevölkerung. Im Gegensatz dazu waren die Feministinnen der zweiten Frauenbewegung in den 1960ern und 70ern deutlich skeptischer bezüglich ihrer Chancen in der Politik; sie standen Parteien und Parlamenten tendenziell ablehnend gegenüber und bevorzugten ein Engagement in unkonventionellen Politikbereichen, beispielsweise in der Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung. In den 80er Jahren kam es erneut zu einem Paradigmenwechsel, denn Feministinnen schätzten die Bedeutung der konventionellen Politik neu ein und entschlossen sich zu einem Gang durch die Institutionen. In Folge dessen traten sie vermehrt den etablierten Parteien, Interessensverbänden und Gewerkschaften bei und versuchten, durch ihr Engagement die verkrusteten Strukturen aufzubrechen und die politische Agenda zu beeinflussen. In allen politischen Organisationen machten sie zudem einen Anspruch auf gleichberechtigte Repräsentation in den Entscheidungsgremien geltend.

Nach Einschätzung von Joni Lovenduski reagierte in Großbritannien die *Labour Party* am deutlichsten auf die Forderungen der Feministinnen und führte nach einer langen Debatte in den 90ern Quotenregelungen für die Auswahl der ParlamentskandidatInnen ein. Die Erhöhung des Frauenanteils in Parlament und Regierung stand ganz oben auf der Agenda der Feministinnen, die bestrebt waren, diesen Aspekt in das Bewusstsein der Parteien zu rücken (Lovenduski 1996, S. 3/Lovenduski 1993, S. 1). Auch heute hat die Forderung, den Frauenanteil in Parlament und Regierung zu erhöhen, nicht an Aktualität eingebüßt. Großbritannien gehört zu jenen europäischen Ländern, welche eine niedrige Frauenquote haben und die Frauen den Eintritt in die politische Elite schwer machen:

„Der Zugang zur Demokratie wird in Großbritannien verstellt von kulturellen Hindernissen, Geschlechtsunterschieden bei der Verfügung über Ressourcen und diversen Unterschieden im Lebensstil von Männern und Frauen, wodurch das Geschlecht für die politische Partizipation zu einer erklärenden Variable wird.“ (Lovenduski 1998, S. 167)

In Großbritannien dominieren zwei Volksparteien das politische System, die *Labour Party* und die Konservativen, auch *Tories* genannt. Die Rolle der Frauen in diesen Parteien und das Interesse dieser Organisationen, die Frauenförderung in der Politik voranzutreiben, haben unmittelbare Auswirkungen darauf, in welchem Maß es Frauen gelingt, parlamentarische Repräsentanz zu erzielen. Doch entscheidet die Einstellung der Partei zur Frauenförderung nicht allein darüber, wie hoch oder wie gering der Frauenanteil im *House of Commons*, dem britischen Unterhaus, ausfällt. In der vorliegenden Arbeit werden bezüglich Frauen in der (britischen) Politik zwei zentrale Ziele verfolgt: Erstens erfolgt eine eingehende Auseinandersetzung mit den Determinanten, welche die politische Partizipation von Frauen bedingen. Zweitens wird für eine Erweiterung des gängigen Analysemodells von politischer Partizipation von Frauen plädiert. Die Diskussion um diese Erweiterung erfolgt sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene durch neue, im Rahmen der Studie erhobene Daten.

Die Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Großbritannien steht im Zentrum des 2. Kapitels, in dem zwei Bereiche untersucht werden, nämlich die Entwicklung der Repräsentation in Parlament und Regierung sowie die Rolle der Frauen in der *Labour Party*. Wie hat sich die traditionell niedrige Repräsentation von Frauen im *House of Commons* und in der Regierung seit der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 verändert? Wie fällt die Repräsentation von Frauen im europäischen Vergleich aus? Des Weiteren wird zu zeigen sein, dass die Entwicklung der Frauenquote im Unterhaus an die beiden großen Parteien, *Labour Party* und Konservative, gebunden ist, dass also das Gros der weiblichen Abgeordneten über diese Parteien in das Parlament einzieht. Hier wiederum ist festzustellen, dass die *Labour Party* seit 1918 meist eine größere Anzahl weiblicher Abgeordneter in Unterhaus und auch in der Regierung zu verzeichnen hatte als die *Tories*. Dies ist einer der Gründe, weshalb in der vorliegenden Arbeit ein Schwerpunkt auf die *Labour Party* gelegt wird und die Rolle der Frauen in dieser Partei im Mittelpunkt steht. Wie werden die Möglichkeiten zur politischen Partizipation von Frauen in der *Labour Party* durch bestehende Strukturen beeinträchtigt? Die Partei integrierte Frauen bereits 1918 durch die Etablierung von *Women's Sections* – doch ermöglichten diese Einrichtungen den weiblichen Parteimitgliedern eine gleichberechtigte politische Teilhabe? Ein wichtiger Meilenstein in Bezug auf die Repräsentation von Frauen in der Politik und auch in der Partei ist die Debatte um die Einführung von Quotenregelungen zur Erhöhung des Frauenanteils im Parlament,

in deren Folge vor der Unterhauswahl 1997 in der *Labour Party* so genannte *all-women shortlists*, rein weibliche Auswahllisten, eingeführt wurden. Welche Rolle spielten die Parteifrauen in dieser Debatte, welche Erfolge und Rückschritte waren zu verzeichnen? Mit dem erdrutschartigen Sieg der *Labour Party* 1997, welcher die lange konservative Ära beendete, und aufgrund der angewendeten Quotenregelung zog eine Rekordzahl von Frauen in das Unterhaus ein. Die Einführung der *all-women shortlists* und die Etablierung der *Women's Sections*, die bei den Konservativen kein Pendant haben, stellen somit zwei weitere Gründe dar, weshalb die Auseinandersetzung mit der *Labour Party* in der vorliegenden Studie im Zentrum steht.

Welche Faktoren bedingen die politische Partizipation von Frauen? Was führt dazu, dass sich Frauen mehr oder minder stark in der Politik engagieren? Eine eingehende Analyse der Determinanten von politischer Partizipation erfolgt in Kapitel 3, wobei ein expliziter Bezug zu der Situation in Großbritannien hergestellt wird. Die Barrieren für die politische Teilhabe von Frauen sind vielschichtig, können jedoch in drei zentrale Bereiche untergliedert werden (Hoecker 1995, S. 19). In einem komplexen Zusammenspiel wirken sozialstrukturelle Bedingungen, institutionelle Gegebenheiten und die politische Kultur auf Partizipation ein. Zahlreiche Studien betonen den entscheidenden Einfluss von Bildung und finanziellen Ressourcen. Welche Korrelation besteht tatsächlich zwischen der Rolle der britischen Frauen im Bildungssystem sowie auf dem Arbeitsmarkt einerseits und deren politischer Teilhabe andererseits? Eine weitere Barriere für politische Partizipation ist in institutionellen Faktoren zu sehen. Unter diesen werden neben dem Wahlsystem die Parteien und ihre jeweiligen Rekrutierungsverfahren subsumiert. Hierbei wird u.a. zu beleuchten sein, welche Auswahlverfahren die beiden großen Parteien anwenden und welche Implikationen dies für Frauen hat. Ein Merkmal der politischen Kultur Großbritanniens ist ihre personalistische Orientierung, die sich in dem ‚Clubcharakter‘ oder vielmehr ‚Herrenclubcharakter‘ niederschlägt. Dieser reflektiert eine politische Kultur, die von dem Prinzip der persönlichen Bekanntschaft gesteuert wird und Frauen weitestgehend ausschließt (Döring 1993, S. 76). Im Kontext der Frage nach dem Einfluss der politischen Kultur wird des Weiteren ein Blick auf politische Sozialisationsprozesse geworfen, die Basis für politische Partizipation sind (Sauer 2001, S. 209). Führen unterschiedlich verlaufende Politisierungsprozesse von Männern und Frauen zu einem ‚weiblichen‘ oder auch ‚anderen‘ Verständnis von Politik?

Die genannten Faktoren wirken auf die politische Teilhabe von Frauen ein – sie können die Unterrepräsentation von Frauen im britischen Parlament jedoch nicht umfassend erklären. Wilma Rule argumentiert, dass Wahlsysteme etwa 30% bei der Integration von Frauen in Parlamenten ausmachen, 60% sind politischen, sozio-ökonomischen und kulturellen Faktoren zuzuschreiben. Die restlichen 10% bleiben ihrer Ansicht nach jedoch ungeklärt und sind nicht durch die genannten Determi-

nanten zu begründen (Rule 1994, S. 16). Auch Beate Hoecker und Gesine Fuchs stellen fest, dass die Frage nach den Ursachen für den unterschiedlichen Stand der Repräsentation von Frauen nicht erschöpfend beantwortet werden kann (Hoecker und Fuchs 2004, S. 12). Es gibt in dem Erklärungsmodell also einen *missing link*. Ein erneuter Blick auf die Untersuchungsebenen der Determinanten zeigt, dass den institutionellen und sozialstrukturellen Faktoren gemein ist, dass sie auf äußere oder situative Faktoren abzielen. Auf verschiedenen Ebenen werden solche Strukturen beschrieben und analysiert, die es Frauen erschweren, eine politische Karriere zu verfolgen. Der Faktor politische Kultur berücksichtigt hingegen, wie die einzelne Person in diesem Prozess verortet ist. Genau an diesem Punkt setzt die vorliegende Arbeit mit ihrem Vorschlag für die Erweiterung der Determinanten an. Grundannahme ist hierbei, dass die Analyse der institutionellen und sozialstrukturellen Gegebenheiten offenbar keine ausreichende Erklärung für die Repräsentation von Frauen bieten kann und diese Determinanten auch zusammen mit der Analyse der politischen Kultur noch immer Fragen offen lassen. Es ist zu vermuten, dass die Kriterien, die bei der politischen Kulturforschung zugrunde gelegt werden, nicht in der Lage sind, den Faktor ‚Individuum‘ im Prozess der politischen Teilhabe in ausreichendem Maße zu berücksichtigen. Die vorliegende Arbeit unterbreitet daher den Vorschlag, eine vierte Determinante für die Untersuchung der politischen Partizipation von Frauen hinzu zu ziehen: die Identität von Frauen. Dabei soll jedoch keine Festlegung auf die Zehn-Prozent-Lücke von Rule vorgenommen werden, denn für eine Bestimmung des quantitativen Anteils dieser vierten Determinante in Bezug auf die Partizipation von Frauen wären weitere empirische Studien erforderlich. Die Untersuchung von Politisierungsprozessen weist bereits auf eine Analyseebene hin, die eng mit dem partizipierenden Individuum verbunden ist. Zudem sind qualitative Studien, in denen Fragen der Identität und Selbstwahrnehmung beleuchtet werden, ein weiteres Indiz dafür, dass die Identität der Frauen eine Rolle im Partizipationsprozess spielt, auch wenn sie bislang nicht als eigene Kategorie in die Erklärungstrias Eingang gefunden hat.

Das komplexe Zusammenspiel von politischer Partizipation und Identität wird in Kapitel 4 diskutiert, wobei Ansätze unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen herangezogen werden, die sich mit dem Thema Identität auseinandersetzen. Da der Ausgangspunkt der Überlegungen das Individuum ist, stehen individual- und sozialpsychologische Konzepte von Identität im Vordergrund. In dem Kapitel wird zu zeigen sein, dass der Faktor Identität im Prozess der politischen Partizipation eine bedeutende Rolle spielt und dieser folglich bei der weiteren Untersuchung der politischen Teilhabe von Frauen berücksichtigt werden sollte. Fünf verschiedene Theoriekonzepte stehen im Fokus der Diskussion: Aus sozialpsychologischer Perspektive (durch die Rezeption der Konzepte von Erik H. Erikson sowie Henri Tajfel und John C. Turner), unter Einbeziehung der Kategorie *gender* (Judith Butler

und Seyla Benhabib) sowie mit Avtar Brah unter Rekurs auf postkoloniale Vorstellungen erfolgt eine Annäherung an die Fragestellung. Ausgehend von diesen Positionen wird eine differenzierte Diskussion von Identität und politischer Partizipation vorgenommen, welche abschließend in die Formulierung eines Fragenkatalogs für die Konzeption der empirischen Untersuchung einfließt.

Zur Überprüfung der These, dass Identität bei der politischen Partizipation von Frauen von Bedeutung ist, und unter Einbeziehung der in Kapitel 3 und 4 erarbeiteten Erkenntnisse wurde eine qualitative Studie durchgeführt, bei der sowohl weibliche *Labour*-Abgeordnete des britischen Unterhauses befragt wurden als auch Frauen, die für die *Labour Party* um einen Sitz im *House of Commons* kandidierten, jedoch aufgrund ihrer Erfahrungen beschlossen, sich aus der Politik zurückzuziehen. Die Befragung der Abgeordneten wurde durch Interviews vorgenommen, die der ‚Aussteigerinnen‘ durch Fragebögen. In Kapitel 5 werden das methodische Vorgehen sowie die Auswertung der qualitativen Studie dargelegt und eine Reihe von Politikerinnentypen erarbeitet, welche das Verhältnis von Identität und politischer Partizipation widerspiegeln. Kapitel 6 fasst abschließend die zentralen Ergebnisse der Studie zusammen.

1.2 Skizze des Forschungsstands

Die Integration des Themas ‚Frauen und Politik‘ in den politikwissenschaftlichen Kanon erfolgte nur zögerlich, und noch heute finden die meisten Forschungsprojekte mit diesem Themenbezug in feministischen Diskursen statt – *main-* oder *malestream*-Literatur mit Geschlechterbezug bleibt ein Desiderat. Da die vorliegende Arbeit in der feministischen Partizipationsforschung angesiedelt ist, beziehen sich die anschließenden Überlegungen und Darstellungen zu ‚Frauen und Politik‘ auf diesen Bereich.

Seitens der älteren Partizipationsforschung, die maßgeblich durch US-amerikanische Studien der politischen Soziologie beeinflusst wurde, erfolgte eine Beurteilung politischer Beteiligung durch Kriterien wie beispielsweise politisches Interesse und Informiertheit, Häufigkeit der Teilnahme an politischen Diskussionen, Teilnahme an politischen Versammlungen, Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in einer Partei (Almond und Verba 1963). Das Verhalten der Frauen wurde in diesem Kontext an dem der Männer gemessen und als defizitär eingestuft, d.h. es wies demnach einen Mangel an politischem Interesse und Teilnahme auf. Hintergründe und Strukturen, welche diese Befunde bedingen und erklären, blieben bei diesen Ansätzen ausgeblendet (Meyer 1992, S. 5). In den vergangenen Jahrzehnten erfuhr das Verständnis von Politik und politischer Beteiligung eine Erweiterung, und die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen konnten dadurch zunehmend berücksich-

tigt werden. Fokus sind seither nicht nur die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in konventionellen Bereichen, wie Parteien, Wahlen und Parlamente, sondern auch in unkonventionellen Bereichen der nicht-staatlichen Organisationen und Bewegungen, in denen Frauen verstärkt engagiert sind. Selbstbestimmung und politische Mündigkeit rückten in den Vordergrund und beeinflussten die Variablen der Analysemodelle (Barnes, Kaase et al. 1979). Als Parameter von Partizipation galten die ökonomische Verfasstheit und die Struktur des politischen Systems, die Instanzen formeller und informeller Institutionen und das politische Subjekt, seine individuellen Einstellungen und Handlungsmöglichkeiten. Obwohl die Partizipationsforschung eine Erweiterung erfuhr, über die Frage nach formalen Zugehörigkeiten zu politischen Gruppen und konventionellen Beteiligungsformen hinausging, Geschlecht als Variable (aber nicht als Strukturkategorie) berücksichtigte, wurde das Verhältnis von Frauen und Politik nicht näher untersucht (Meyer 1997, S. 18-19). Die klassische Dichotomie von Privatsphäre und Öffentlichkeit, bei der Frauen dem privaten und Männer dem öffentlichen Bereich zugeordnet werden, war und ist Paradigma des *malestream*.

Im Zuge der neuen Frauenbewegung in den 1970ern griffen Feministinnen das Thema ‚Frauen und Politik‘ auf und kritisierten den dominanten politikwissenschaftlichen Diskurs. Den Interpretationsmustern des *malestream* wurden laut Betina Westle seither die folgenden Vorwürfe gemacht: (1) Geschlechtsblindheit, d.h. die Politikwissenschaft sei geschlechtsunspezifisch und interessiere sich nicht für frauenrelevante Themen, (2) Perpetuierung des Mythos der apolitischen, konservativen, demokratieunfähigen Frau, der wiederum eine Ausgrenzung von Frauen aus dem politischen und parlamentarischen Raum mitverantwortete, (3) die Norm des männlichen Aktivbürgers, welche Frauen an Männern messe und als defizitär ausweise, (4) Verwendung eines eingeschränkten Politikbegriffs sowie (5) Konzeptualisierung von Geschlecht als unabhängiger Variable statt als analytischer Gesellschaftskategorie (Westle 2001, S. 134-138).

Mit dem feministischen Grundsatz ‚Das Private ist politisch‘ und von Feministinnen erarbeiteten Theorien erfolgte eine kritische Neukonzeptualisierung des nach dualistischen Prinzipien strukturierten Denkschemas, und ein Perspektivenwechsel vom Defizit zur Differenz vollzog sich: Feministische Wissenschaftlerinnen gingen davon aus, dass Frauen kein defizitäres, sondern ein ‚anderes‘ Politikverständnis haben, und dass sich Machtverhältnisse und Karrierechancen an männlichen Interessen und Biografien orientieren und Frauen somit strukturell ausschließen (Hageman-White 1987, S. 29-37). Diese neue Perspektive stellte zwar eine Wende dar, doch lief sie Gefahr, durch das Insistieren auf die Differenz zwischen Männern und Frauen Attribute von Weiblichkeit und Männlichkeit zu verhärten und zu einer neuen Dichotomie zu formen. Als problematisch gilt auch die vielfach bis in die 1980er Jahre eingenommene Opferperspektive von Frauen. Durch das Betonen der

gesellschaftlichen Hindernisse, die auf Frauen einwirken können, rückten Möglichkeiten von Individuen in den Hintergrund. Der Fokus lag auf Diskriminierungsstrukturen, die Frauen zu Opfern patriarchaler Verhältnisse stilisierten (Meyer 1997, S. 30). Die Diskussion innerhalb der Frauenforschung hat sich seither weiterentwickelt und beleuchtet seit dem erneuten Paradigmenwechsel die Differenz unter Frauen. Diese Ansätze dekonstruieren das dichotome System der Zweigeschlechtlichkeit und stellen die Frage nach den historischen, ökonomischen und kulturellen Prozessen, welche die Geschlechtsidentität bestimmen, neu.

Im Zentrum der feministischen Partizipationsforschung stehen die Evaluation der Repräsentation von Frauen und die Entwicklung von Erklärungsmustern für Exklusionsmechanismen; in Studien werden sowohl die nationale als auch die internationale Ebene von Partizipation analysiert. In Großbritannien wurde früher als in Deutschland die ‚politische Frau‘ zum Gegenstand von Forschung; bereits Ende der 60er Jahre und in den 70ern wurde die Rolle der Frauen in Westminster untersucht (Brookes 1967/Vallance 1979). Seither sind zahlreiche Studien über Frauen in Parteien und im Parlament erschienen (z.B. Vallance 1984/Norris 1987/Vallance 1988/Lovenduski und Norris 1991/Lovenduski und Norris 1993/Lovenduski und Norris 1996/Perrigo 1996/Squires 1996/Puwar 1997b/Perrigo 1999/Childs 2000/Childs 2001a/Lovenduski 2001/Norris 2002/Ross 2002/Childs 2004).

Politikerinnen waren für die deutsche Frauenforschung lange Zeit nicht von Interesse, da in bewusster Abgrenzung zum politikwissenschaftlichen *malestream* der Fokus auf den unkonventionellen Bereichen der Politik lag. Politikerinnen wurden laut Birgit Meyer demnach doppelt vernachlässigt: „Sie fielen sowohl aus den zu weit gespannten Netzen der traditionellen zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung heraus, ebenso wie aus dem zu eng, zu alltagsbezogen geknüpften Kategorien der Frauen(geschichts)-forschung.“ (Meyer 1997, S. 26) Ende der 80er respektive Anfang der 90er Jahre entdeckte die deutsche Frauenforschung das Feld der Politikerinnen für sich. Seither sind eine Reihe von politikwissenschaftlichen Studien erschienen, die sich mit der politisch aktiven Frau befassen (z.B. Hoecker 1987/Hoecker 1995/Penrose 1993/Schöler-Macher 1994/ Schaeffer-Hegel et al. 1995/Meyer 1997).

Des Weiteren ist festzustellen, dass sich die feministische Partizipationsforschung in zwei zentrale Richtungen einteilen lässt: Es gibt Studien, die sich mit statistischen Daten und Erklärungsansätzen beschäftigen; hier sind u.a. die Arbeiten von Lovenduski und Norris 1989/Hoecker 1995/Norris 2001 zu nennen. In diesen Sozialstrukturanalysen werden die Barrieren für Frauen in der Politik thematisiert und in die bereits genannten Bereiche – sozialstrukturelle und institutionelle Faktoren sowie politische Kultur – untergliedert.

Der zweite Strang umfasst empirische (meist qualitative) Untersuchungen der Rolle von Politikerinnen; exemplarisch können die Studien von Penrose 1993/Schöler-

Macher 1994/Meyer 1997/Childs 2000/Childs 2001a/Childs 2004 angeführt werden. Diesen Studien beschäftigen sich mit Aspekten der Identität und Selbstwahrnehmung (siehe Kapitel 3.4); dabei wird jedoch nicht explizit der Faktor Identität im Sinne der Theorien von Erikson und Tajfel/Turner als Erklärungsansatz für die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik ins Feld geführt. Zudem greifen diese Studien bei der Beschäftigung mit identitätsrelevanten Fragen nicht auf Identitätstheorien und deren Implikationen für die politische Partizipation von Frauen zurück.

In der vorliegenden Arbeit wird eine Verbindung dieser beiden Richtungen vorgenommen, denn es werden zum einen Entwicklungen in der Repräsentation von Frauen und Erklärungsmuster für die politische Teilhabe analysiert, d.h. die drei genannten Determinanten stehen im Blickpunkt. Zum anderen werden durch die Untersuchung von britischen Politikerinnen und ‚Aussteigerinnen‘ eigene qualitative Daten erhoben und verwendet. Zudem wird eine Erweiterung der Beschäftigung mit Fragen der Identität angestrebt, indem relevante Identitätstheorien diskutiert und in Hinblick auf die Verbindung von Identität und politischer Partizipation betrachtet werden. Identität wird somit als zusätzliche erkenntnisbringende Kategorie in das Erklärungsmodell eingeführt.

2. Politische Partizipation von Frauen in Großbritannien

Feministinnen, die sich kritisch mit der Politik und dem politischen System Großbritanniens auseinandersetzen, stimmen überein „that its organisations and structures institutionalise the predominance of particular masculinities, thereby empowering and/or advantaging certain men over almost all women and some men“ (Lovenduski 1996, S. 5). In diesem Kapitel wird die Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Großbritannien respektive ihre Rolle in politischen Institutionen erörtert, und es wird den dominierenden Formen von Männlichkeit in der britischen Politik nachgegangen.

Den Auftakt des Kapitels bildet ein einführender Abschnitt zur Erläuterung des Begriffs ‚politische Partizipation‘ und der mit diesem Konzept verbundenen unterschiedlichen Dimensionen der Beteiligung. Den definitatorischen Darlegungen schließt sich ein Exkurs zu sozialen Bewegungen an, da diese eine Organisationsform darstellen, die von Frauen offenbar präferiert wird. Im Fokus des Kapitels steht die Analyse der Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Großbritannien; dabei werden zwei Bereiche näher betrachtet: Zum einen wird die Entwicklung der Repräsentation von Frauen in Parlament und Regierung seit Erlangung des Frauenwahlrechts 1918 skizziert, zum anderen soll die Rolle von Frauen speziell in der *Labour Party* untersucht werden. Dabei werden Fragen wie die folgenden erörtert: Wie werden die Möglichkeiten zur politischen Partizipation von Frauen durch bestehende Parteistrukturen beeinträchtigt? Wie stark ist das Interesse der *Labour Party* an der Implementierung von Frauen- und Geschlechterfragen im politischen Diskurs?

2.1. Das Konzept der politischen Partizipation

2.1.1 Politische Partizipation – eine Begriffsbestimmung

In modernen Industriegesellschaften sind gesellschaftliche und politische Gegebenheiten eng miteinander verflochten. Dadurch kann nahezu jedes Handeln, selbst wenn es im Kontext „eines explizit nicht-politisch abgegrenzten Umfeldes“ (Kaase 1992, S. 146) situiert ist, eine politische Dimension annehmen. Deshalb muss der Begriff der politischen Partizipation präzisiert werden: Er subsumiert solche Handlungen, die motivational bewusst mit dem Erreichen eines politischen Zieles ver-

bunden sind, respektive Verhaltensweisen von BürgerInnen, welche diese alleine oder im Kollektiv anstrengen, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Beteiligung an Politik umfasst somit instrumentelles und zielgerichtetes Handeln (Kaase 1995b, S. 521).⁴⁵ Dieses Handeln kann sich sowohl auf eine als auch auf mehrere Ebenen des politischen Systems richten und darüber hinaus transnationale Regime einbeziehen (beispielsweise Wahlen zum Europäischen Parlament) (Kaase 1995a, S. 462).

In westlichen Demokratien waren bis Ende der 60er Jahre die politische Partizipation und die Einflussnahme der BürgerInnen durch die Institutionalisierung von Beteiligungsrechten – in Form von Wahlen politischer VertreterInnen und Mitarbeit in Parteien – beschränkt. Partizipation fand somit im institutionell konzipierten Beteiligungsraum statt. In der empirischen Partizipationsforschung erfolgte eine Konzentration auf die Erklärung des Wahlverhaltens und der damit verbundenen Beteiligungsformen;⁴⁶ der Partizipationsraum wurde in die vier Teildimensionen Wählen, Wahlkampf, Gemeindeaktivitäten und individuelle Kontakte zu PolitikerInnen zur Verfolgung partikularistischer Ziele gegliedert. Die WissenschaftlerInnen gingen davon aus, dass in der Bevölkerung geringes politisches Wissen und Interesse bestehe, sodass eine ausgedehnte Massenpartizipation nicht wünschenswert sei, sondern im Gegenteil zu politischer Instabilität führen würde (Westle 1992, S. 137/Sauer 1994, S. 101/Sauer 2001, S. 203). Seit dem Ende der 60er Jahre ist jedoch eine Erweiterung des politischen Verhaltensrepertoires der BürgerInnen festzustellen. Dieses entwickelte sich vor dem Hintergrund einer langen Periode ökonomischer Prosperität und politischer Stabilität, einem gestiegenem Bildungsniveau und wachsendem politischen Interesse in weiten Kreisen der Bevölkerung sowie einem gesellschaftlichen Wertewandel bei den jüngeren BürgerInnen. Infol-

⁴⁵ Kaase weist darauf hin, dass bei vielen kollektiven Manifestationen politischer Partizipation (wie beispielsweise Demonstrationen und Hausbesetzungen) nicht automatisch eine instrumentelle und zielgerichtete Motivation konstatiert werden kann. Unklar ist, ob hedonistische Motive, die Partizipation als Ziel betonen, dabei maßgeblich sind, oder ob sich Individuen „auch ausschließlich aus einem Mobilisierungszusammenhang ohne auf Partizipation als Ziel der Mittel gerichtete Erwägung an kollektiven politischen Aktionen beteiligen“ (Kaase 1995a, S. 462).

⁴⁶ Ihren politikwissenschaftlichen Ursprung hat die Partizipationsforschung in Studien zum Wahlverhalten. Erste vereinzelte Untersuchungen dieser Art wurden Anfang des 20. Jahrhunderts durchgeführt; mit der systematischen Entwicklung der Umfrageforschung bei repräsentativen Bevölkerungsquerschnitten auf nationaler und regionaler Ebene – vor allem in den USA – wurde die konzeptionelle und empirische Analyse in den 40er Jahren vorangetrieben. „Mit dem Versuch, die bisherigen Ergebnisse der Wahl- und Partizipationsforschung international vergleichend und systematisierend zusammenzufassen, begründet die Arbeit von Lester W. Milbrath ... den Beginn der Partizipationsforschung im eigentlichen Sinne.“ (Kaase 1995a, S. 463) Aber auch Sidney Verba, Norman H. Nie, Jae-On Kim und Gabriel Almond, deren Studien ab den 60er Jahren veröffentlicht wurden, gelten als ‚Väter der Partizipationsforschung‘ (Sauer 1994, S. 101).

gedessen traten Ende der 60er Jahre im Kontext der Friedens- und Studentenbewegungen eine Mobilisierung breiterer gesellschaftlicher Kreise sowie neue Beteiligungsformen hervor.⁴⁷ Die BürgerInnen brachten ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck und setzten teilweise Protestformen ein, die illegalen Charakter hatten. Wurde in der Partizipationsforschung anfänglich angenommen, diese Beteiligungsmuster seien unverträglich mit der Demokratie oder gar demokratiefeindlich, werden diese heute nicht mehr grundsätzlich als systemfeindlicher Protest gewertet, sondern vielmehr als Erweiterung des Partizipationsrepertoires (Westle 1992, S. 138). Abnehmende Wahlbeteiligung, Vertrauensverlust zu Großorganisationen und wachsende Entfremdung zwischen BürgerInnen und den gewählten politischen RepräsentantInnen hatten in den vergangenen Jahren eine abnehmende Bereitschaft der Zivilgesellschaft zur Folge, an konventionellen politischen Formen teilzuhaben. Gleichzeitig ist ein wachsendes Interesse an Formen unkonventioneller politischer Partizipation festzustellen (Eißel 1997, S. 173-174).

Um die Analyse der von einzelnen Personen ausgeübten Beteiligungsakte zu systematisieren, wurden in der Partizipationsforschung vier Dimensionen unterschiedlicher Beteiligungsformen differenziert (Kaase 1992, S. 146/Kaase 1995a, S. 462). Formen der politischen Partizipation können demnach erstens danach unterschieden werden, ob sie verfasst oder nicht verfasst sind und auf welche Ebene des politischen Systems sie abzielen. Als verfasst gilt Partizipation dann, wenn sie institutionell verbindlich verankert ist, beispielsweise in der Gemeindeordnung oder in der Verfassung, und somit sowohl die Beteiligungsberechtigten als auch die Formen und Folgen der Teilhabe überschaubar sind. Unter verfasste Beteiligungsformen fallen die Wahlen zu Parlamenten. Demgegenüber stehen nicht verfasste Formen der politischen Partizipation, die offene Rahmen- und Durchführungsbedingungen aufweisen (Kaase 1995b, S. 522/Buse und Nelles 1978, S. 82-83/Westle 1992, S. 141). Laut Max Kaase sind nicht verfasste Formen in ihrem Verlauf, ihren Folgen und der Zurechenbarkeit von Entscheidungsverantwortung ,institutionell

⁴⁷ Mit den Ursachen für das Entstehen unkonventioneller Beteiligungsformen hat sich Ronald Inglehart auseinandergesetzt. Inglehart stellt die These auf, dass die Wurzel dafür in der wirtschaftlichen Entwicklung liegt und die Bevölkerung aufgrund von drei Prozessen zunehmend stärker politisch partizipiert: (1) Das Bildungsniveau ist gestiegen, und der politische Informationsgrad ist höher. Die Bevölkerung in modernen Industriegesellschaften hat dadurch bessere Fähigkeiten zur Partizipation entwickelt. (2) Die Normen für die politische Partizipation von Frauen haben sich gewandelt und billigen Frauen eine gleichberechtigtere Rolle in der Politik zu. (3) Die auf einem langjährigen hohen Wirtschaftswachstum beruhende Dominanz materialistischer Werte hat sich zugunsten postmaterialistischer Werte – wie beispielsweise Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung – abgeschwächt. Dies manifestiert sich in dem wachsenden Bedürfnis der BürgerInnen, ihre nur begrenzte, institutionell abgesicherte Teilhabe an der Politik auszuweiten (Inglehart 1989, S. 416-417).

amorph' (Kaase 1992, S. 147). Als nicht verfasste Beteiligung ist beispielsweise eine Bürgerinitiative einzustufen.

Die zweite Differenzierung bezieht sich auf die Parameter legal und illegal (Opp 1992, S. 441). Unter legaler politischer Aktivität werden gesetzmäßige Formen der Teilhabe verstanden, während illegale Partizipation gesetzeswidrige Formen umfasst. Diese Differenzierung wirkt laut Kaase auf den ersten Blick trivial, gewinnt aber aus dynamischer Perspektive an Bedeutung, „d.h. dann, wenn über einen längeren Zeitraum bestimmte politische Beteiligungsformen in ihrer Legalitätszuordnung Veränderungen erfahren, die in einem systematischen Zusammenhang zu Art und Verlauf des politischen Prozesses gebracht werden können“ (Kaase 1992, S. 147). Westle argumentiert, dass dadurch eine Überschneidung mit dem Kriterium Verfasstheit besteht, da „zu einem je gegebenen Zeitpunkt alle verfassten Formen gleichzeitig auch legale Formen der Einflussnahme sind. Umgekehrt besteht jedoch keine Identität zwischen Unverfasstheit und Illegalität.“ (Westle 1992, S. 142) Unverfasstheit kann in einen rechtsfreien (z.B. Bürgerinitiativen) und in einen gesetzeswidrigen Raum untergliedert werden. Bei gesetzeswidrigen Handlungen erfolgt eine weitere Ausdifferenzierung zwischen den nicht unmittelbar gewaltsamen, wenn auch gewaltaffinen Formen des zivilen Ungehorsams einerseits, der direkten politischen Gewalt, die sich gegen Personen und Sachen richtet, andererseits (Kaase 1995a, S. 463).

Mit der Differenzierung zwischen legitim und illegitim wird im Rahmen der dritten Dimension ein subjektives Element der Bewertung angesprochen. Die Legitimitätsgeltung einer Beteiligungsform entspricht den aggregierten individuellen Einstellungen der einzelnen BürgerInnen zu dieser spezifischen Form der politischen Partizipation (Kaase 1992, S. 148/Westle 1992, S. 142). Eine legitime Handlung ist demnach eine Form der politischen Teilhabe, die von einer Mehrheit der BürgerInnen als rechtmäßig eingestuft wird.

Die vierte Unterscheidung, nämlich die zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation, geht auf die von Samuel H. Barnes und Max Kaase durchgeführte Studie *Political Action* aus dem Jahr 1979 zurück und verbindet in unsystematischer Weise die Dimensionen Verfasstheit und Legitimität.⁴⁸ Konventionelle Beteiligungsformen sind „mit hoher Legitimitätsgeltung auf institutionalisierte Elemente des politischen Prozesses, insbesondere der Wahl bezogen“ (Kaase 1992,

⁴⁸ Die *Political-Action*-Studie von Barnes und Kaase gilt als erste systematische Analyse, welche die neuen, seit dem Ende der 60er aufkommenden Beteiligungsformen untersucht. Der internationale Vergleich befasst sich mit der Beziehung von konventioneller und unkonventioneller Beteiligung. Im Zentrum steht die Frage, ob sich die beiden Aktionsformen ergänzen oder ausschließen. Barnes und Kaase kommen zu dem Schluss, dass unkonventionelle und konventionelle Beteiligungsformen gleichermaßen in den untersuchten Gesellschaften auftreten und dass dieses komplementäre Verhältnis gegen gesellschaftliches Konfliktpotenzial spricht (Barnes, Kaase et al. 1979, S. 188).

S. 148). Dabei sind diese Formen selbst nicht institutionalisiert. Hingegen sind unkonventionelle Formen der Partizipation solche, „die auf institutionell nicht verfasste unmittelbare Einflussnahme auf den politischen Prozess abstellen“ (ebd.). Da bei Barnes und Kaase im unkonventionellen Bereich Aktivitäten mit unterschiedlichem Legalitätsstatus vermischt werden, haben sich neuere Ansätze mit einer weiteren Differenzierung des unkonventionellen Bereichs beschäftigt, die auf legale und illegale Komponenten abzielen sowie politische Gewalt als separate Dimension einstufen (Hoecker 1995, S. 18/Kaase 1992, S. 463).⁴⁹

Eine Erweiterung des Erklärungsmodells stellt die von Hans-Martin Uehlinger auf Basis empirischer Daten entwickelte fünfkategoriale Taxonomie der politischen Partizipation dar. Uehlinger differenziert zwischen: (1) Staatsbürgerrolle (z.B. Wählen), (2) problemspezifischer Partizipation (z.B. Teilnahme an einer Bürgerinitiative), (3) parteiorientierter Partizipation (z.B. Parteimitgliedschaft), (4) zivilem Ungehorsam (illegale Aktivitäten, z.B. Hausbesetzungen) und (5) politisch motivierter Gewalt gegen Personen und Sachen. Uehlinger betont in seiner Taxonomie einen qualitativen Sprung zwischen legaler und illegaler politischer Beteiligung; er versteht illegale Handlungen als bewusste Form des Protests (Uehlinger 1988, S. 97-99/Westle 1992, S. 146).

Wie in der Einleitung bereits dargelegt, kritisiert die feministische Partizipationsforschung den Ansatz der *mainstream*-Partizipationsforschung und bezeichnet diesen als geschlechtsblind (Westle 2001, S. 134-138). Zudem betreibe er eine Perpetuierung des Mythos der apolitischen, konservativen, demokratieunfähigen Frau, der laut Birgit Sauer auf drei Verzerrungen des Partizipationskonzepts beruht: Es erfolgt erstens keine Explizierung des Ideals des männlichen Aktivbürgers, welches den Konzepten Politik und Öffentlichkeit vorausgeht. Die Norm des rational entscheidenden Bürgers, der seine Interessen autonom erkennt und in einen politischen Entscheidungsprozess kanalisiert, impliziert den männlichen Aktivbürger.⁵⁰ Trotz der Erweiterung des Partizipationskonzepts durch unkonventionelle Partizipationsformen, „bleibt der Politikbegriff der Partizipationsforschung im begrenzten Horizont politischer Institutionen und ihrer Funktionsträger“ (Sauer 1994, S. 102). Somit gelten laut Sauer alle Handlungsformen, die sich nicht auf diesen Bereich beziehen, als un- oder apolitisch. Für sie resultiert daraus, dass sich politische Par-

⁴⁹ Es gilt zu überlegen, inwiefern die Dimensionen der Beteiligungsformen zu erweitern respektive neu zu konzeptualisieren sind. Denn beispielsweise nutzen auch (sogar konservative) Parteien das Medium der Unterschriftenaktion für ihre politischen Interessen.

⁵⁰ „Dass das Politikfeld aber von männlichen Entscheidungsstrukturen geprägt ist, dass also möglicherweise Männlichkeit eine Filterfunktion in diesem rational gedachten politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess hat, wird ebenso wenig in Betracht gezogen wie die Tatsache, dass Interessen von Frauen (und so ist zu vermuten, auch der Mehrheit der Männer) aus unterschiedlichen Gründen nicht derart zweckrational durchsetzbar sind.“ (Sauer 1994, S. 103)

tizipation zweitens auf einen politischen Raum bezieht, der losgelöst von Privatheit betrachtet wird respektive auf einer Trennung von öffentlich und privat beruht. Der dritte Kritikpunkt umfasst, dass Geschlecht als unabhängige Variable und nicht als analytische Gesellschaftskategorie konzeptualisiert wird, d.h. der Rolle des Geschlechtersystems bei der Herausbildung von Partizipationsmotiven und der Verhinderung von politischer Teilhabe nicht Rechnung getragen wird (ebd., S. 102-103).

2.1.2 Politische Partizipation von Frauen in den neuen sozialen Bewegungen

Neben den verfassten politischen Beteiligungsformen haben sich seit den 1960ern in den westlichen Demokratien neue Partizipationsmöglichkeiten herausgebildet, welche von Frauen offenbar bevorzugt werden. Empirische Studien wie die von Barnes und Kaase et al. (1979) konnten belegen, dass Frauen in den neuen sozialen Bewegungen und deren unkonventionellen Agitationsformen in größerer Zahl repräsentiert sind als in Parteien und Parlamenten.⁵¹ In Großbritannien waren in der Vergangenheit Frauen sowohl in lokalen Protestgruppen (so genannten *community action movements*) stark involviert, die sich maßgeblich für Kinderbetreuung, Wohnungsbeschaffung und Unterhaltszahlung engagierten, als auch in der Friedens- und der Frauenbewegung aktiv (Lovenduski 1986, S. 126). Eine Studie über politische Partizipation in Großbritannien aus dem Jahr 1992 untermauert diese Feststellung. Demnach sind die in der Frauenbewegung engagierten Britinnen die politisch aktivsten Frauen (Parry, Moyser und Day 1992, S. 151).

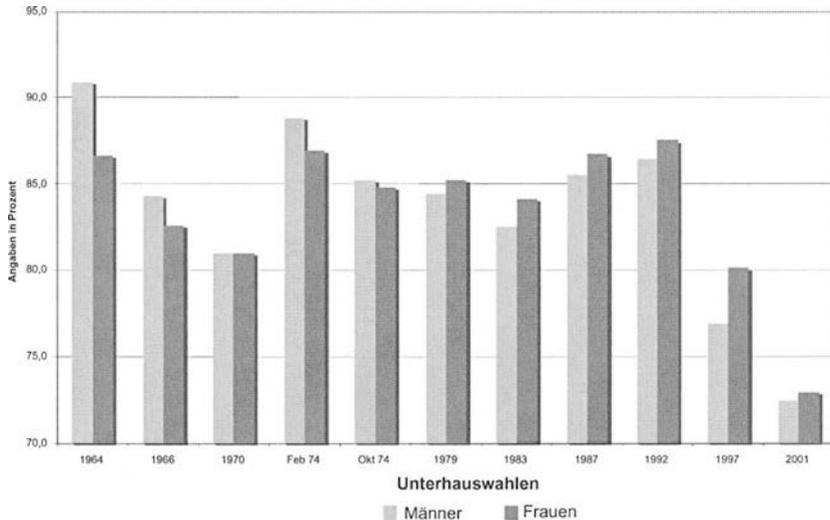
Neuere Studien bestätigen, dass Frauen unkonventionelle Beteiligungsformen präferieren. Basierend auf den statistischen Daten des *European Social Survey* von 2002, untersuchen die Autorinnen einer Studie der britischen *Electoral Commission* geschlechtsspezifische Partizipation in Großbritannien. Dabei nehmen sie vier Bereiche der politischen Partizipation in Bezug auf Unterschiede zwischen männlicher und weiblicher Beteiligung in den Blick: (1) Wahlbeteiligung, (2) kampagnenorientierte Partizipation (zielt auf Änderungen in Parlament und Regierung ab,

⁵¹ Barnes und Kaase mutmaßten, dass Männer über eine höhere Aggressivität verfügen als Frauen und Aggression mit Protestpotenzial verbunden ist; daher gingen die Autoren zunächst davon aus, dass Männer demzufolge ein größeres Protestpotenzial aufweisen. Die Studie förderte allerdings eine Nivellierung von Geschlechtsunterschieden im unkonventionellen Bereich zutage, denn die Beteiligungsraten der Frauen erreichen ein nahezu gleich hohes Maß wie die der Männer. Eine Diskrepanz ist hingegen im konventionellen Bereich zu konstatieren, da Frauen in diesem deutlich weniger involviert sind als Männer. Während sich konventionelle und unkonventionelle Partizipationsformen bei Männern ergänzen, liegt bei Frauen diesbezüglich keine komplementäre Beziehung vor (Barnes, Kaase et al. 1979, S. 107-110).

findet in Parteien statt), (3) sachbezogene Partizipation (z.B. Beteiligung als KonsumentInnen durch Boykott von Produkten/Firmen, Teilnahme an Demonstrationen) und (4) *civic-oriented* Partizipation (beinhaltet die Mitgliedschaft und Zusammenarbeit in Initiativen zur Lösung eines Problems) (Electoral Commission 2004, S. 18).

Wie der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen ist, haben sich Frauen im Vergleichszeitraum erstmals 1970 in gleichem Maße wie Männer an Wahlen beteiligt.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung von Männern und Frauen bei Unterhauswahlen 1964-2001



Quelle: Electoral Commission 2004, S. 29

Ist bei der Unterhauswahl im Februar 1974 eine erneute Diskrepanz zwischen der Beteiligung männlicher und weiblicher Wähler zu beobachten, verringerte sich diese bei der Wahl im Oktober desselben Jahres deutlich. Seit 1979 übersteigt die Wahlbeteiligung der Frauen die der Männer (ebd., S. 29).⁵²

In kampagnenorientierter Partizipation sind Männer aktiver als Frauen, d.h. sie kontaktieren häufiger einen Politiker/eine Politikerin, sie spenden häufiger Geld an eine Partei, und sie engagieren sich häufiger in einer Partei. Zudem geben mehr

⁵² Auf die komplexe Thematik des (geschlechtsspezifischen) Wahlverhaltens und die damit verbundene Diskussion um den *gender gap*, soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, da dies den Rahmen der Arbeit sprengen würde. Vergleichend siehe hierzu z.B. Hoecker 1995/Hoecker 1998b/Köcher 1994/Molitor 1992/Norris 1985/Norris 1986/Norris 1996/Norris und Inglehart 2001.

Männer an, Mitglied einer Partei zu sein. Obwohl in dem Bereich der kampagnenorientierten Partizipation kein sehr großer Unterschied zwischen Männern und Frauen besteht (er variiert zwischen 1 und 3%), ist es bezeichnend, dass Frauen durchgängig in allen Punkten weniger aktiv sind als Männer. Für die sachbezogene Partizipation ist festzuhalten, dass Frauen in diesem Bereich stärker engagiert sind als Männer; dies bezieht sich vor allem auf Maßnahmen als Konsumentin und auf das Unterzeichnen von Petitionen und Protestbriefen. Es bestehen jedoch keine Geschlechtsunterschiede bei der Teilnahme an Demonstrationen. Bezüglich der Aktivität in Initiativen stellen die Autorinnen fest, dass Frauen zwar häufiger einer kirchlichen oder einer Umweltgruppe angehören als Männer, sich dieses Verhältnis jedoch bei anderen Organisationen (wie z.B. den Gewerkschaften) umkehrt (ebd., S. 16/21).

Aus dem vorliegenden Datenmaterial der Studie kann herausgearbeitet werden, dass sich Frauen deutlich häufiger in einer Bürgerinitiative oder sozialen Gruppierung engagieren als in einer Partei. Geben nur 3,0% der befragten Frauen an, in einer Partei aktiv zu sein, beträgt der Prozentsatz beispielsweise bei den sozialen Gruppen 13,0, bei den Umweltgruppen 16,0 und bei der Interessenvertretung von KonsumentInnen 28,0% (ebd., S. 16). Die genannten Untersuchungsergebnisse bestätigen somit vorherige Studien, die eine Bevorzugung unkonventioneller Beteiligungsformen bei Frauen feststellten.

Feministische Wissenschaftlerinnen greifen Fragestellungen auf, die bis dato in der *mainstream*-Partizipationsforschung unerforscht blieben. Beispielsweise analysiert Frauke Rubart (1988) die Rolle von Frauen im unkonventionellen Bereich und beschäftigt sich mit der Frage, ob auch hier Geschlechterhierarchien reproduziert werden. Sie identifiziert eine Marginalisierung von Frauen in den Basiseinheiten der neuen sozialen Bewegungen nach dem Schema gesellschaftlicher Diskriminierungen. Die konventionelle Arbeitsteilung, bei der Frauen meist alltägliche, Männer hingegen offiziell anerkannte Arbeiten erledigen, hat unterschiedliche Ursachen und ist ihrer Meinung nach sowohl auf das Verhalten der Männer als auch auf das geschlechtsspezifische Verhalten der Frauen zurückzuführen. Rubart argumentiert, Frauen seien eher misserfolgsorientiert und bereit, sich unterzuordnen. Charakteristisch sei auch, dass Männer Frauen für weniger qualifiziert und unsachlich hielten und Frauen sich wiederum häufig vor der Übernahme von Verantwortung scheuten (Rubart 1988, S. 40).

Rubart beobachtet außerdem, dass sich Frauen in Bürgerinitiativen oft unwohl fühlen und infolgedessen in autonome Frauengruppen abwandern. Zurückzuführen sei dies auf unterschiedliche Zielsetzungen von Männern und Frauen. Sie charakterisiert Frauen mit Ganzheitlichkeit, Spontaneität und Emotionalität, Männer hingegen mit Effektivitätssteigerung durch Professionalisierung und Institutionalisierung der Organisationsstrukturen (Rubart 1988, S. 31, 35). Die Betonung legt Rubart

somit auf die Differenzperspektive, eine weibliche Identitätsbildung sowie ein anderes Politik- und Moralverständnis bei Frauen. Kritisch anzumerken ist hierbei, dass in diesem Ansatz dichotome männliche und weibliche Attribute postuliert werden, die offensichtlich eine essenzialistische Tendenz aufweisen, was zur Perpetuierung von Geschlechtsstereotypen beitragen kann.

Birgit Sauer hat sich mit dem ‚Mythos der unpolitischen Frau‘ auseinander gesetzt und argumentiert, dass Politik von einer Geschlechtersegregation strukturiert wird. Denn während Männer Parteiämter besetzen sowie in nationalen bzw. internationalen Parlamenten und Regierungen vertreten sind, engagieren sich Frauen verstärkt in sozialen Bewegungen oder in der Elternvertretung. Sauer betont, dass Frauen nicht unpolitisch, sondern vielmehr mit den Formen konventioneller Politik unzufrieden sind. Für Frauen gelten demnach andere Bedingungen politischer Partizipation, die wiederum in anderen Partizipationsformen Ausdruck finden. Deshalb sind nach Sauer soziale Bewegungen eine angemessenere Organisationsform für Frauen, wo sie in überschaubaren Einheiten und informellen Strukturen ihre Chance auf unmittelbare Einflussnahme wahrnehmen können (Sauer 2001, S. 212-214).

Die genannten Studien dokumentieren eine deutliche Präferenz von Frauen, sich in unkonventionellen Politikbereichen zu engagieren. Hoecker (1998b) thematisiert die Frage, aus welchen Gründen Frauen im unkonventionellen Bereich politisch aktiv werden. Sie arbeitet dabei vier konstitutive Faktoren für die politische Teilhabe von Frauen im unkonventionellen Aktionsfeld heraus:

Laut Hoecker spielt erstens die politische Kultur eine maßgebliche Rolle. Die politische Kultur kommt insofern zum Tragen, als durch sie politische Traditionen und Verhaltensstile vermittelt werden. Die für die neuen sozialen Bewegungen benannten Beteiligungsformen politischer Aktivität stellen also keineswegs neue Partizipationsformen für Frauen dar, sondern stehen in der Tradition der ersten Frauenbewegung. Bezüglich ihrer Organisationsstruktur war die erste Frauenbewegung stärker formal reglementiert als die zweite, doch lassen sich hinsichtlich der Aktionsformen Parallelen aufweisen. Spontane Versammlungen, Demonstrationen, das Verfassen von Flugblättern und die Entwicklung spektakulärer Strategien im Kampf um Frauenrechte stellen aus historischer Perspektive die klassischen politischen Partizipationsformen von Frauen dar. Partizipation innerhalb etablierter politischer Institutionen setzte erst später ein und kann demzufolge als ‚neu‘ bezeichnet werden.

Als zweiten Einflussfaktor nennt Hoecker die individuelle Motivation. Die neuen sozialen Bewegungen sind für Frauen attraktiver als Parteien, weil sie ihrer spezifischen politischen Motivation eher entgegenkommen. Basisgruppen und Bürgerinitiativen entstehen häufig aus akuten Problemlagen, „die eine unmittelbare Bedrohung des Lebens und des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit bedeuten können“ (Hoecker 1998b, S. 202). Zum Zentrum der politischen Agitation werden